Landtag Rheinland-Pfalz
- CDU-Fraktion -

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/5779
VORLAGE

Mainz, 28.11.2019

An die Mitglieder
des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie
und
des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Antrag der Abgeordneten der Fraktion der CDU
- des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie: Dr. Christoph Gensch, Marcus Klein, Hedi Thelen, Michael Wäschenbach
- des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: Jennifer Groß, Peter Lerch, Christof Reichert, Marion Schneid
nach § 76 Abs. 2 in Verbindung mit § 77 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags

Die vorgenannten Abgeordneten der Fraktion der CDU beantragen, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 in Verbindung mit § 77 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags auf die Tagesordnung einer gemeinsamen Sitzung des Gesundheitsausschusses und des Wissenschaftsausschusses zu setzen.
Gemäß § 78 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags soll dem Vorsitz des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie die Vorbereitung und die Leitung der gemeinsamen Sitzung obliegen.

„Dramatische Situation an der massiv unterfinanzierten Universitätsklinik Mainz – Pflegenotstand führt zu Überlastung der Mitarbeiter und geht zu Lasten der Patienten“

Begründung:

Die dramatische Situation an der massiv unterfinanzierten Universitätsklinik Mainz macht eine gemeinsame Sondersitzung der Ausschüsse für Wissenschaft und Gesundheit erforderlich. Bei der Terminierung muss insbesondere sichergestellt sein, dass

- diese Thematik tatsächlich umfassend aufgearbeitet werden kann,
- die Gesundheitspolitiker der Landtagsfraktionen anwesend sein können und
- die Bediensteten der Klinik ausreichend Zeit bekommen, die notwendigen Informationen zuzuliefern.

Vor Beginn der Sitzung des Gesundheitsausschusses des rheinland-pfälzischen Landtages am 26. November 2019 haben Pflegekräfte des Mainzer Universitätsklinikums vor dem Hintergrund der Übergabe einer Petition und eines drohenden Streiks einen erschütternden Bericht zum Pflegenotstand in ihrem Haus gegeben. Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass die Grenzen der Belastbarkeit der Mitarbeiter längst weit überschritten sind. Berichtet wurde vom Tod einer chronisch kranken Patientin, der aufgrund von Personalmangel erst mit erheblichem Zeitverzug bemerkt worden sei. In einem anderen Fall habe eine depressive Patientin ebenfalls im Kontext

des Personalmangels einen Suizidversuch unternommen, weil sie die gestressten Pflegekräfte nicht weiter mit ihren Problemen habe belasten wollen.

Das muss im Einzelnen aufgearbeitet werden. Die Landesregierung wird gebeten insbesondere zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Auf welcher Station waren die jeweiligen Patientinnen genau, von wann bis wann untergebracht?

- Wie war die ärztliche und pflegerische Personalausstattung mit welchen Fachqualifikationen in dieser Zeit eingesetzt (Soll-Ist-Vergleich)?

- Wann wurden Leistungen dieser Stationen zuletzt von MDK mit welchem Ergebnis überprüft?

- Wann lange waren der Klinikleitung und dem zuständigen Ministerium die Probleme in der pflegerischen Besetzung bekannt?

- Welchen finanziellen Umfang haben die Forderungen der Gewerkschaft zur Entlastung?

- In welchen pflegeintensiven Bereichen wird Personal nach der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) eingesetzt und die Kostenübernahme durch den Bund beantragt?

- Wann wurde die Pflegekammer durch die Pflegedienst- oder Klinikleitung beteiligt?

- Gab es Überlastungsanzeigen und ggf. wie viele und in welchem Zeitraum?

- Gab es weitere, den im Ausschuss geschilderten vergleichbare Fälle?

Die schwierige Situation des Universitätsklinikums zeigt sich nicht nur in der Pflege. Zur dramatischen Gesamtlage gehört insbesondere auch die massive Unterfinanzierung des Klinikums. Die seit den 90er Jahren erfolgten Preissteigerungen sind seitens der Landesregierung nicht durch passgenaue Erhöhungen der Landesleistungen ausgeglichen worden. Dadurch hatte die Klinik nie die Chance, schwarze Zahlen zu schreiben. Die Folge sind Defizite und ein Sanierungsstau in Millionenhöhe. Auch hier muss die Landesregierung darlegen, wie sie die Mainzer Universitätsmedizin zukunftsgerecht aufstellen will.

Die Antragsteller:

Dr. Christoph Gensch | Marcus Klein | Hedi Thelen | Michael Wäschenbach

Jennifer Groß | Peter Lerch | Christof Reichert | Marion Schneid